



# *Ansbacher Erklärung*

*Erklärung der Jungen Union Mittelfranken zu einer konservativen Nachhaltigkeitspolitik*

*Beschluss der Bezirksversammlung vom 20.07.2019*

## **1. Nachhaltigkeit ist Auftrag der JU und konservative Verpflichtung**

2  
3 Die CSU steht vor einer Herausforderung. Der Freistaat Bayern macht seit Jahrzehnten erfolgreiche  
4 bayerische Umweltpolitik. Auf Grund der Veränderungen der heutigen Zeit erwarten die Menschen  
5 aber eine deutlich ambitioniertere Klima- und Umweltschutzpolitik. Ob Hitzesommer,  
6 Überschwemmungen oder der Plastikstrudel in den Weltmeeren: Wir sehen uns mit  
7 Klimaveränderungen und Umwelteinflüssen konfrontiert, die wir zunehmend nicht mehr selbst in  
8 der Hand haben und auch nicht kontrollieren können. Hierzu sehnen sich viele Menschen nach  
9 Lösungen und Leitbildern. Wissenschaftler und Experten sind sich einig: Die Welt braucht  
10 ambitionierte Anstrengungen, um das vereinbarte 1,5 Grad-Ziel zu erreichen.

11  
12 Die Junge Union steht zum 1,5 Grad Ziel des Pariser Klimaabkommens und zum Ziel ein  
13 nachhaltiges Wirtschaftssystem mit immer höheren Anteilen einer Kreislaufwirtschaft aufzubauen.  
14 Das Ziel der Klimaneutralität 2050 europaweit zu erreichen wird die Verantwortung unserer  
15 Generation sein.

16  
17 Wir sehen, dass unsere Generation zunehmend politisierter wird und sich, gerade auch zu diesem  
18 Thema, einmischen will. Dieses in dieser Form neu erwachte Engagement einer Generation muss

19 die CSU ernst nehmen. Wichtig ist uns: Ernst nehmen heißt nicht auf Widerspruch zu verzichten.  
20 Ernst nehmen heißt zuhören und mitreden. Der Widerspruch ist die höchste Form der  
21 Respektsbekundung. Dies gilt auch für Fridays for Future. Sofern der Protest außerhalb der  
22 Schulzeit stattfindet, ist jedes politisches Engagement zu begrüßen. Wir fordern jedoch alle  
23 Regionalgruppen in Mittelfranken auf, auch mit politischen Akteuren mehr ins Gespräch zu  
24 kommen. Gerade der CSU und auch der Jungen Union wird hier oft die ausgestreckte Hand  
25 ausgeschlagen. Wir machen Gesprächsangebote und sind überzeugt, dass wir in Zielen oft einig  
26 sind, in Wegen und Herangehensweisen aber vielmehr voneinander lernen können.

27  
28 Nachhaltigkeit ist als gelebte Generationengerechtigkeit auch in ihrer ökologischen Facette  
29 Auftrag der Jungen Union. Als Konservative sehen wir die Bewahrung der Schöpfung als  
30 Verpflichtung, die aus unserem christlichen Menschenbild entspringt. Gerade unsere Generation,  
31 die diesen Planeten noch am längsten bewohnen will, hat einen besonderen Auftrag hier zu  
32 tragfähigen Lösungen zu kommen. Die Jungen Union definiert sich als Sprachrohr der Jungen  
33 Generation. Wir tragen die Anliegen der jungen Generation in die CSU. Wir streiten für die Themen  
34 der CSU vermitteln die Positionen in unserer Generation. Diesem Auftrag wollen wir wieder mehr  
35 gerecht werden.

36

## 37 **2. Nachhaltigkeit nimmt jeden mit und fordert jeden gleich**

38

39 Die ökologischen Antworten einer Volkspartei können nur Antworten sein, die jeden mitnehmen  
40 und breite Bevölkerungsschichten nicht außen vorlassen.

41

42 Deswegen ist uns wichtig:

43

- 44 • Nachhaltige Politik der CSU berücksichtigt die ökonomischen und sozialen Folgen einer  
45 ökologischen Politik. Sie setzt auf ökonomische Anreize und sozialen Ausgleich. Dies gilt  
46 insbesondere für den Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft.
- 47 • Nachhaltige Politik setzt auf Expertenmeinungen und lässt Zielkonflikte auch in der  
48 Kommunikation nicht außer Acht: Wenn Zielkonflikte zwischen Umwelt- und Klimaschutz  
49 (beispielsweise in Teilen zwischen der konventionellen und ökologischen Landwirtschaft,  
50 oder zwischen NOx und CO2-Reduktion) existieren, muss dies auch so kommuniziert  
51 werden. Wir betrachten die Fakten, wägen rational ab und entscheiden am Ende.

- 52 • Außerdem stellen wir uns dem Trend zur weiteren Industrialisierung und  
53 Internationalisierung der Landwirtschaft entgegen. Damit möchten lokale Landwirte  
54 stärken, den Marktdruck begrenzen und die globale ökologische Belastung internationalen  
55 Agrarhandels reduzieren.
- 56 • Der Kohleausstieg hätte viel früher erfolgen müssen, wurde aber durch den Ausstieg aus der  
57 Kernenergie ausgebremst. Er muss so schnell wie möglich, aber so ausgeglichen wie nötig  
58 erfolgen. Wir unterstützen Markus Söder deswegen bei seiner Forderung bis 2030 den  
59 Kohleausstieg zu schaffen.
- 60 • Zur aktuellen Diskussion um Lenkungssteuern und CO<sub>2</sub>-Bepreisung erklären wir:
- 61 ○ Wir setzen auf Anreize: Das Zertifikatesystem für CO<sub>2</sub> muss europaweit auf weitere  
62 Sektoren ausgeweitet werden. Dies gilt insbesondere für den Flug- und  
63 Schifffahrtssektor. Wir sehen darin einen marktwirtschaftlichen Faktor. Es muss so  
64 dynamisch ausgestaltet werden, dass es sukzessive auf weitere Sektoren und höhere  
65 CO<sub>2</sub>-Preise bei schwindendem Angebot der Zertifikate angelegt ist. So schaffen wir  
66 Klimaneutralität 2050 auch in Deutschland und Europa.
- 67 ○ Momentane Konzepte zur Schaffung einer CO<sub>2</sub>-Steuer lehnen wir ab: Auch mit der  
68 Schaffung von Umverteilungsgeldern, ist es nicht auszuschließen, dass der typische  
69 Pendler im Schichtdienst mit dem schlecht isolierten Haus auf dem Land in einer  
70 nachteiligen Position gegenüber dem ubahnfahrenden Professor in der  
71 Neubauwohnung der Großstadt landet. Die CO<sub>2</sub>-Steuer benachteiligt ländliche  
72 Räume über Gebühr. Wir sehen außerdem große Gefahren für die exportorientierte  
73 deutsche Wirtschaft.

### 75 **3. Nachhaltigkeit setzt auf durchdachte Konzepte**

76  
77 Eine ökologische Nachhaltigkeitspolitik setzt auf durchdachte Konzepte statt populistischer  
78 Panikmache. Schaufensterforderungen wie den „Klimanotstand“ in einigen Städten ohne jede  
79 Konsequenz lehnen wir ab. Wir wollen nicht jeden Trend gleich zum neuen Heilsbringer erklären,  
80 sondern Technologieoffenheit weiterhin zur Leitlinie unserer Politik machen.

81  
82 Deswegen ist uns wichtig:

83

- 84 • Wir machen einen einseitigen Trend zur Elektromobilität ohne richtigen Plan nicht mit.  
85 Elektromobilität ist gerade für ländlich geprägte Regionen nicht per se das Mittel der Wahl.  
86 Die Elektromobilität wird ein guter Mobilitätsbaustein für die urbanen Räume werden.  
87 Während sich Preisgestaltung und auch die Speicherfähigkeit technologisch lösen lassen,  
88 sehen wir insbesondere bei der Ladeinfrastruktur noch große Probleme. Die Netze in  
89 Innenstädten und ländlichen Gemeinden sind darauf nicht ausgelegt. Auch die Herkunft der  
90 seltenen Erden, stellt uns vor ethische und umweltpolitische Herausforderungen.
- 91 • Wir wollen auch auf Wasserstofftechnologie oder weitere alternative Antriebe, wie etwa  
92 den synthetischen Diesel, weiter setzen. Gerade im Schwerlastbereich wird dies eine  
93 sinnvolle Alternative sein. So kann die aktuelle Fahrzeugflotte NOx-frei und klimaneutral  
94 weitergenutzt werden. Dies verbessert die Umweltbilanz, da die ressourcenaufwändig  
95 hergestellten Fahrzeuge weitergenutzt werden. Deswegen fordern wir, dass der Freistaat  
96 Bayern hier Vorreiter wird. Auch die Bundesrepublik darf nicht singulär mit riesigen  
97 Fördersummen für Batteriewerke versuchen den Vorsprung von weltweiten Mitbewerbern  
98 in Asien aufzuholen. Wir wollen in neuen Gebieten vorangehen, statt in anderen  
99 hinterherzuhecheln!
- 100 • Auch in der Energieversorgung hat die Politik bisher keinen großen Wurf zu einer  
101 grundlastfähigen Energieversorgung geschafft. Wir wollen deswegen erreichen, dass  
102 grundlastfähige, aber klimafreundliche Energiearten besser gefördert werden.
- 103 ○ Wir fordern die Entwicklung von Reaktoren, die gebrauchte Brennelemente  
104 klassischer Reaktoren wiederverwerten können. So werden diese ein weiteres Mal  
105 zur Stromerzeugung genutzt und die Notwendigkeit der Lagerung besteht nur für  
106 100 bis 200 Jahre. Solche Anlagen wären in geeigneter Anzahl strategisch in der EU  
107 zu verteilen. Ein solches Verfahren wäre schon deswegen nachhaltig und  
108 generationengerecht, da die bereits angefallenen Brennelemente nach dieser  
109 Zweitverwertung deutlich kürzer sicher gelagert werden müssten.
  - 110 ○ Dazu gehören aus unserer Sicht sowohl die Investitionen in Kernfusion auf  
111 europäischer Ebene, aber auch endlich ambitionierte Anstrengungen im Bereich der  
112 Stromspeicherung. So kann man mit synthetischem Gas und in Batterien  
113 gespeichertem Strom bedarfsgerecht die Grundlast sichern. Daneben könnten  
114 dezentrale flexibilisierte Biogasanlagen mit Gasspeichern und moderne  
115 Gaskraftwerke unter der Verwendung synthetischer Gase die Grundlast  
116 sicherstellen.

- 117           ○ Die lokalen Stadt- und Gemeindewerke müssen als Schlüsselakteur mit eingebunden  
118           werden. Nur mit Ihnen können sinnvolle KWK-Anlagen mit Nah- und  
119           Fernwärmenetzen entstehen.
- 120           ○ Power-to-X muss gerade an großen Standorten der Erneuerbaren Energien zur Regel  
121           werden: Eine Stilllegung von Erneuerbaren Energiequellen in Norddeutschland bei  
122           Stromüberschuss muss zugunsten der Herstellung von Wasserstoff und  
123           synthetischen Kraftstoffen soweit wie möglich verhindert werden.
- 124           ● Um die Photovoltaik in Bayern weiter auszubauen und den Flächenverbrauch in Grenzen zu  
125           halten, müssen Bayerns Dächer weiter ausgebaut werden. Deswegen braucht es gerade bei  
126           Mietshäusern, in denen knapp die Hälfte der Bayern wohnt, endlich praktikable  
127           Mieterstrommodelle, die auch für den privaten Vermieter handhabbar sind. Alternativ muss  
128           über eine höhere Einspeisevergütung nachgedacht werden, um dem Vermieter eine sichere  
129           Kalkulationsbasis zu gewährleisten, wenn der Mieter den Eigenstrom nicht nutzen will.
- 130           ● Wir brauchen aber auch einfacher zugängliche Informationen: Wir fordern, dass der  
131           Bayernatlas um ein „Solardachkataster“, das in einigen Gemeinden bereits existiert,  
132           erweitert wird.
- 133           ● Entstehende Abwärme muss besser genutzt werden. Biogasanlagen werden nur gefördert,  
134           wenn die Abwärme in einem Nahwärmenetz genutzt wird. Wir fordern, dass auch  
135           Rechenzentren der IT-Branche als energieintensive Unternehmen nur von der EEG-Umlage  
136           befreit werden, wenn sie die bei der Kühlung entstehende Abwärme weiterverwenden.

#### **4. Nachhaltigkeit bedeutet Fortschritt**

137

138

139

140 Nachhaltige Politik bedeutet für uns Fortschritt. Wer glaubt, durch Verbote unsere Gesellschaft  
141 nachhaltiger zu machen, wird letztlich scheitern. Unsere Wirtschaft in eine nachhaltige  
142 Fertigungskette umzubauen wird letztlich nur durch technologischen Fortschritt möglich sein.  
143 Deswegen wollen wir Unternehmen stärker unterstützen, die ihre Wertschöpfungskette umwelt-  
144 und klimafreundlicher ausgestalten wollen.

- 145 • Eine komplette steuerliche Abschreibung von Forschungs- und Entwicklungskosten  
146 nach österreichischem Modell mit 14 % pauschalem Kostendeckel und einfacher  
147 Antragsstellung.<sup>1</sup>
- 148 • Eine ermäßigte Mehrwertsteuer von 15% auf alle Produkte die klimaneutral  
149 hergestellt werden bzw. zertifiziert sind.
- 150 • Ein Mehrwertsteuersatz von 7 % auch auf Fernreisen über 50km mit klimaneutralen  
151 Angeboten und Mobilitätsangeboten der Sharing-Economy.
- 152 • Diese steuerlichen Forschungs- und Entwicklungsanreize im  
153 Mehrwertsteuersystem sollen regressiv ausgestaltet werden und in einem  
154 mittelfristigen Zeitraum auf Normalniveau zurückgeführt werden.
- 155 • Eine Neuregelung der KfZ-Steuer mit stärkerer Anreizwirkung auf den CO<sub>2</sub>-Ausstoß hin, in  
156 den aber der gesamte Lebenszyklus der Fahrzeuge mit einberechnet werden muss.
- 157 • Die Entwicklung von synthetischen Kraftstoffen forcieren: Dafür soll schrittweise eine  
158 „efuels“-Quote, ähnlich der Biokraftstoffquote, für Mineralölabsatz eingeführt werden. Eine  
159 weitere Erhöhung der Biokraftstoffquote lehnen wir auf Grund des Flächenmangels und der  
160 gefährdeten Biodiversität ab.

161

## 162 **5. Nachhaltigkeit ist konkret und fordert jeden gleich**

163

164 Wir wehren uns gegen allgemeine und bevormundende Verbote, soweit andere politische  
165 Maßnahmen möglich sind. Wir wollen aber jeden Einzelnen mehr fordern sein persönliches  
166 Verhalten zu beeinflussen und zu überdenken.

167

168 Deswegen ist uns wichtig:

169

- 170 • Wir fordern die Klimaangabe im Verbraucherschutz. Wir wollen die Eigenverantwortung der  
171 Bürger selbst fördern und fordern. Wer Kalorien zählt, will vielleicht auch auf sein  
172 verursachtes CO<sub>2</sub> aufpassen. Er muss es aber nicht. Deswegen wollen wir – ähnlich wie bei  
173 verpflichtenden Inhaltstoffangaben auf Lebensmitteln – die Inhaltsstoffe von  
174 Technologieprodukten (Stichwort: Seltene Erden) und die CO<sub>2</sub>-Belastung innerhalb eines

---

<sup>1</sup> Forschungszulagengesetz am 22.5.19 beschlossen: 25% der Arbeitslöhne  
[https://www.haufe.de/stuern/gesetzgebung-politik/forschungszulagengesetz\\_168\\_488622.html](https://www.haufe.de/stuern/gesetzgebung-politik/forschungszulagengesetz_168_488622.html)

175 standardisierten Lebenszyklus des Produkts in Zukunft kenntlich machen. Wir schaffen so  
176 transparenten Wettbewerb hin zu umwelt- und klimafreundlicheren Produkten. Dies muss  
177 auch für Dienstleistungen wie Flug- und Schiffsreisen gelten.

- 178 • Wir fordern jeden beim Klimaschutz mit in die Pflicht zu nehmen. Das bedeutet auch, dass  
179 er für das Mikroklima und die Lebensqualität in seiner Gemeinde mit verantwortlich ist.  
180 Deswegen sind den Gemeinden bessere Instrumente an die Hand zu geben, die Ihnen  
181 kommunale Regelungen etwa zur zulässigen Versiegelung oder zu dem Phänomen der  
182 „Steingärten“ an die Hand geben.
- 183 • Nicht jede Avocado ist auch gesund für die Umwelt: Die Diskussion um Nachhaltigkeit muss  
184 auch immer vor dem Hintergrund der Konsumkultur geführt werden. Hierzu gilt es zu  
185 überlegen, ob Konsumgüter mit ökologisch schwacher Bilanz bzw. negativ externen  
186 Effekten mit einer ökologischen Lenkungssteuer stärker beansprucht werden.

187

188

## 189 **6. Nachhaltigkeit geht nur in finanzieller Solidität**

190

191 Nachhaltige Politik kann allerdings nicht nur im Rahmen der Klima- und Umweltpolitik stattfinden.  
192 Sie muss neben der Lebensqualität auch die Gestaltungschancen der nächsten Generation im Blick  
193 haben.

194

195 Deswegen ist uns wichtig:

196

- 197 • Eine Aufweichung von Schuldenbremsen kommt mit der Jungen Union nicht in Frage.
- 198 • Der Freistaat und der Bund haben einen Entschuldungsplan aufzulegen und darin ein klares  
199 Zieljahr der Entschuldung festzulegen.
- 200 • Der Freistaat und der Bund müssen ihre Haushaltssysteme so ändern, dass Abschreibungen  
201 und Sachwerte stärker Berücksichtigung finden. Eine wirklich generationengerechte  
202 Finanzpolitik darf nicht auf Kosten der Substanz gehen und notwendige Investitionen  
203 vernachlässigen. Eine wirklich schwarze Null gibt es nur dann, wenn die Abschreibungen  
204 eines Jahres auch reinvestiert werden.